KATHOLISCHE ARBEITNEHMER-BEWEGUNG

IMPULS

ZEITUNG DER BEWEGUNG FÜR SOZIALE GERECHTIGKEIT 02 | 2017

Sozialwahl 2017 Für Rente & Gesundheit

KATHOLISCHE VERBÄNDE STARTEN OFFENSIVE FÜR SOLIDARISCHE ALTERSSICHERUNG

Sockelrente verhindert Armut im Alter

Armut im Alter kann in Zukunft nicht mit einer Solidarrente á la Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles, sondern nur mit echter Solidarität wie es das Sockelrenten-Modell der katholischen Sozialverbände vorsieht, bekämpft werden.

Dies betonte KAB-Bundesvorsitzender Andreas Luttmer-Bensmann zum Auftakt des Bündnisses der katholischen Verbände für die Bundestagswahlen. KAB Deutschlands, Kolping, der Familienbund der Katholiken, die Frauengemeinschaften Deutschlands (kfd) und die Katholische Landvolksbewegung (KLB) wollen das Thema solidarische Rente und Altersarmut im kommenden Bundestagswahlkampf bundesweit thematisieren.

SOLIDARITÄT DURCH AUSBAU DES VERSICHERTENKREISES

Nahles Solidarrente soll aus Steuergeldern finanziert werden und der Aufstockung der Altersrente für diejenigen Menschen dienen, deren Rentenanspruch trotz langer Berufstätigkeit im Alter nicht zur Deckung des eigenen Lebensunterhalts ausreicht. Allein für 2017 hat die Arbeitsministerin 180 Millionen Euro dafür im Haushalt bereitgestellt.

In Berlin stellten die katholischen Verbände ihr Sechs-Punkte-Programm für eine armutsfeste Alterssicherung der Öffentlichkeit vor und fordern eine deutliche Stärkung der Solidarität durch eine Erweiterung des Versichertenkreises. „Der Ausbau der gesetzlichen Rentenversicherung zu einer allgemeinen Erwerbstätigenversicherung ist dringend notwendig“, so Andreas Luttmer-Bensmann. Als eine der Gründe für Altersarmut sieht das katholische Bündnis die Anrechnung der jetzigen Grundsicherung auf die Rente. „Leistung muss belohnt werden. Wir wollen, dass alle zusätzlich zum Sockel entsprechend ihrer Beiträge aus Erwerbsarbeit, Kindererziehung und Pflege individuelle Rentenanwartschaften erhalten. Diese sollen nicht – wie heute in der Grundsicherung – mit dem Sockel verrechnet werden“, fordert KLB-Bundesvorsitzende Nicole Podlinski.

„Viele Menschen sind heute von Altersarmut bedroht: Bezieher von Niedriglöhnen, Erwerbsgeminderte und Langzeitarbeitslose sowie Menschen, die ihre Erwerbsarbeit wegen Pflege und Kindererziehung unterbrochen oder reduziert haben“, so Anna-Maria Mette, stellvertretende kfd-Bundesvorsitzende. „Eine weitere Absenkung des Rentenniveaus droht. Wir wollen deshalb, dass alle Bürgerinnen und Bürger im Alter unabhängig von ihren Erwerbsverläufen innerhalb des Systems der gesetzlichen Rentenversicherung durch eine existenzsichernde Sockelrente abgesichert sind.“

www.sie-planen-deine-altersarmut.de

Werben im Bundestagswahlkampf für eine solidarische Sockelrente: Stefan Becker (Familienbund), Anna-Maria Mette (kfd), Andreas Luttmer-Bensmann (KAB), Dr. Viktor Feller (Kolping) Foto: KAB

Altersarmut ist vorprogrammiert

Ein Schritt zu mehr sozialer Gerechtigkeit sollte er sein: der Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro Brutto pro Stunde. „So viele Versicherungsjahre kann man gar nicht schaffen, damit man bei 8,50 Euro in der Stunde am Ende nicht in Armut landet“, rechnet Ulrich Schneider vom Paritätischen Gesamtverbandes. Derzeit reicht der Lohn gerade für die Grundsicherung von 399 Euro pro Monat. Seit Januar liegt die Lohnuntergrenze zwar bei 8,84. Euro, doch die Armut bleibt vorprogrammiert. Zumal der Niedriglohnsektor weiter steigt und somit immer mehr Menschen im Alter auf staatliche Unterstützung angewiesen sein werden.

EQUAL-PAY-DAY UND ARMUT

2006 waren 10,3 Prozent der Rentner von Armut betroffen, heute sind es schon 15,6 Prozent. Eine Steigerung von 51 Prozent. „Die Quote der altersarmen Rentner hat so stark zugelegt wie in keiner anderen Bevölkerungsgruppe”, beklagt Schneider.
Im vergangenen Jahr waren 14,4 Prozent der über 65-Jährigen arm. Bei den Rentnern sind es sogar 15,6 Prozent. Besonders betroffen sind Frauen und Langzeitarbeitslose aufgrund unterbrochener Erwerbsbiografien und schlechterer Entlohnung. Am 18. März beim 10. Equalpay-day machten bundesweit Frauen aus der KAB Deutschlands auf die ungleiche Bezahlung und deren Armutsfolgen aufmerksam.

Kampf um paritätische Finanzierung

Aktion: KAB Diözesanverbände übergeben Postkarten an Gesundheitspolitiker

Gesammelt, gestapelt und in Kartons verpackt haben KAB-Vertreter Postkarten an den Vorsitzenden des Gesundheitsausschusses im Deutschen Bundestag, Dr. Edgar Franke (SPD), übergeben. Mit über Tausend Postkarten fordert die KAB, die Rückkehr zur paritätischen Finanzierung in der gesetzlichen Krankenversicherung endlich voranzutreiben.

„Die zu jeweils gleichen Teilen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern getragene Beitragsfinanzierung gehört zu den Grundprinzipien der Sozialversicherung. Sie entspricht dem Solidargedanken in der Gesundheitsfürsorge, da beide Seiten auch von der Gesundheitsfürsorge in gleichem Maße profitieren“, erklärt Michael Schmidt, Diözesansekretär der KAB im Bistum Fulda. Der KAB-Diözesanverband Fulda hatte gemeinsam mit den Diözesanverbänden Limburg und Mainz Unterschriften auf Postkarten gesammelt.

Bereits 2015 forderte der KAB-Bundesausschuss den Gesetzgeber auf, noch „in dieser Legislaturperiode zur vollen Parität der Beiträge in der gesetzlichen Krankenversicherung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer“ zurückzukehren.

Der KAB-Vorschlag für eine Rückkehr noch vor der Bundestagswahl wird von der SPD im Bundestag unterstützt. „Das Gesundheitssystem in Deutschland ist ungerecht finanziert“, betonte auch SPD-Fraktionsvize Karl Lauterbach. Er bezeichnet die paritätische Bürgerversicherung als „langfristig das wichtigste Projekt“, dass diese Ungerechtigkeit beseitigen könne. Gesundheitsminister Hermann Gröhe hatte im September letzten Jahres eine Rückkehr zur paritätischen Finanzierung abgelehnt. 2003 hatten die rot-grüne Bundesregierung und die Union vereinbart, die Parität zugunsten der Entlastung der Arbeitgeber zum 1. Juli 2005 abzuschaffen. Im November 2010 hatten Union und FDP zur „nachhaltigen und sozial ausgewogenen Finanzierung“ der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) zum 1. Januar 2011 den allgemeinen Beitragssatz zur gesetzlichen Krankenversicherung von 14,9 auf 15,5 Prozent angehoben. Arbeitnehmer zahlten künftig 8,2 und Arbeitgeber 7,3 Prozent des Beitrags.

Die KAB fordert daher die Weiterentwicklung der gesetzlichen Krankenversicherung hin zu einem einheitlichen, solidarischen und gesetzlichen Krankenversicherungssystem, das alle Bürger/-innen mit einbezieht und in der alle Einkünfte verbeitragt werden.

Keine Einladung an die AFD

KAB-Bundesausschuss gegen Rechtspopulismus

Eindringlich warb Bundesvorsitzender Andreas Luttmer-Bensmann bei den Delegierten des Bundesausschusses in Wermelskirchen dafür, dem Antrag des Bundesvorstandes gegen Rechtpopulismus eine überzeugende Mehrheit zu geben. Nach intensiver Diskussion sprach sich der Ausschuss bei einer Gegenstimme dafür aus, zu den Veranstaltungen der KAB Deutschlands im Vorfeld der Bundestagswahl keine Einladung für Podiumsveranstaltungen an Mitglieder der Alternative für Deutschland (AFD) oder anderer rechtspopulistischen Parteien und Gruppierungen auszusprechen.

„Die Achtung der Menschenrechte und ein menschenfreundlicher Umgang mit allen, unabhängig von Geschlecht, Abstammung, Sprache, Herkunft und Heimat, Glaubensorientierung, religiöser oder politischer Anschauungen, sexueller Orientierung, körperlich oder geistiger Verfassung oder wirtschaftlicher Situation, ist für uns selbstverständlich“, betonte der Bundesvorstand. Die KAB will sich daher von Einzelpersonen und Gruppen, die diese Wertegrundlage durch ihre Haltung oder ihr öffentliches Auftreten in Frage stellen, distanzieren, aber dennoch im Dialog bleiben.

Dass dieser Dialog notwendig ist, ergibt sich nicht nur aus den Wahlerfolgen der AFD, sondern auch daraus, dass auch Frauen und Männer in der KAB sich den Forderungen der AFD anschließen oder ihnen ihre Stimme bei der Bundestagswahl geben werden. Um Vereine und Kreisverbände zu unterstützen, plant die Bundesleitung eine Anleitung zum Umgang mit rechtspopulistischen Gruppierungen zu erstellen.

ACA-AUFTAKT IN FRANKFURT

Zum Auftakt zu den Sozialwahlen 2017 stellten KAB, Kolping und BVEA ihre Forderungen vor.

125 JAHRE KAB IN BAYERN

Zur Gründungsfeier der KAB in Bayern erinnerte Hedwig Fischer an die Kämpfe der KAB-Frauen.

ARBEITSAUFTRAG PER APP

Die prekäre Arbeit 4.0 holt auch die Food-Kurierdienste ein. Bewerbung und Anstellung per App.

Die Entscheidung des Bundesausschusses, Rechtspopulisten und auch AFD-Politiker/-innen nicht zu Diskussionen aufs Podium einzuladen, ist mutig und konsequent. Mittlerweile nutzen Rechtspopulisten auch die Kirche als Bühne, um mit menschenverachtende Äußerungen Aufmerksamkeit zu erreichen. Deshalb hatte das Zentralkomitee der Katholiken der AFD zum Katholikentag eine Absage erteilt. Die Methoden der Rechtspopulisten, mit Halb und Unwahrheiten das Bauchgefühl auch vieler Christen in der KAB zu erreichen, erinnert an die Zeit vor der Machtergreifung 1933. Gegner wurden beschimpft, bedroht und ermordet. Die Warnungen vom seligen Nikolaus Groß und dem damaligen KAB-Sekretär Bernhard Letterhaus liefen leider ins Leere. Leider bewahrheiteten sich die Ahnungen und viele führende Männer der KAB und Hundertausende Andersdenkende erlitten Konzentrationslager und Tod.
Für die KAB ist es aus ihrer Tradition und dem Glauben an den einen Gott nicht hinnehmbar, wenn AFD-Funktionäre Holocaust-Mahnmale verunglimpfen, hilfesuchende Menschen ausgrenzen, verdrehte Meinung als Wahrheit und Lügen als politische Argumente verbreiten.
Als Christ*innen sehen wir aber auch den Menschen, suchen das Gespräch und das Verstehen, aber verteidigen die Menschenwürde und unsere christlichen Werte. Deshalb ist es konsequent, Radikalen und Rechtspopulisten nicht den Dialog, aber die Bühne zu verweigern. **Ihre Redaktion**

Matthias Rabbe

BAYERISCHES VERFASSUNGSGERICHTSHOF STOPPT CETA-BÜRGERBEGEHREN

CETA geht nun in nationale Parlamente

„Nun sind wir als Bürger und Bürgerinnen gefragt, das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada in den nationalen Parlamenten zu stoppen". Dies erklärte Otto Meier, Präsident der Europäischen Bewegung Christlicher Arbeitnehmer (EBCA), nach dem „Ja" des EU-Parlaments zu CETA.

Der Zustimmung im EU-Parlament in Straßburg sind Proteste, Anschreiben an EU-Parlamentarier und europaweite Informationsveranstaltungen von CETA-Kritikern vorausgegangen. Auch während der Abstimmung im Parlament hatten Initiativen mit Transparenten im Plenarsaal für einen fairen Welthandel geworben, berichtet EBCA-Präsident Otto Meier, der der Abstimmung beiwohnte. Zuvor hatten EU-Politiker die Befürworter eines „Fairhandelsabkommen" als „Trump-Anhänger" beschimpft. „Es geht nicht um wirtschaftliche Abschottung, nicht um einen Außenhandels-Stopp oder um die Errichtung von Zollschranken, sondern um einen sozial gerechten Welthandel, der Umweltstandards und Sozial- und Arbeitnehmerrechte stärker regelt und die Möglichkeit von multinationalen Konzernen unterbindet, Staaten zu verklagen und demokratische Entscheidungen zu beeinflussen", so EBCA-Präsident Meier.

EBCA-Präsident Otto Meier (rechts) vor dem EU-Parlament. Foto: KAB

CETA IST PUR „AMERIKA FIRST"

„Das Freihandelsabkommen CETA ist nichts anderes als ein weiterer Schritt zu Trumps „Amerika first", betonte der KAB-Vorsitzende. Andreas Luttmer-Bensmann verwies auf die massive Präsenz amerikanischer Unternehmen in Kanada, die mit dem Freihandelsabkommen CETA europäische Staaten verklagen können, wenn demokratische Entscheidungen Investitionen multinationaler Konzerne gefährden könnten. Viele Tausend multinationale Konzerne haben Zweigstellen und Unternehmen in Kanada. Der Vorsitzende des katholischen Sozialverbandes rief nach dem Votum des Europäischen Parlaments in Straßburg dazu auf, nun auf nationaler Ebene sich mit demokratischen Mitteln gegen eine Ratifizierung des Abkommens stark zu machen.
Enttäuscht zeigte sich die KAB auch über das Urteil des Bayerischen Vefassungsgerichtshofes zur CETA-Volksinitiative. Das Gericht gab dem Antrag des Bayerischen Innenministeriums Recht und erklärte das Volksbegehren „Stopp CETA" für unzulässig.

BAYERN: CETA-VOLKSINITIATIVE VOR GERICHT GESCHEITERT

„Die Entscheidung ist nicht nachvollziehbar, denn schließlich berief sich das Volksbegehren doch auf einen Artikel in der Bayerischen Verfassung, der 2014 mit der Absicht entwickelt wurde, die Souveränität des Freistaats in Europa zu stärken", erklärt Peter Ziegler, KAB-Diözesansekretär in Augsburg und Vertreter der KAB im bayerischen Bündnis. Der Verfassungsgerichtshof sah für das Volksbegehren die Voraussetzungen als nicht gegeben an, weil durch CETA keine direkten Hoheitsrechte an die Europäische Union übertragen würden. Das bayerische Bündnis, dass in wenigen Wochen über 50.000 Menschen für eine Unterstützung überzeugen konnte, sieht nun die Gefahr, dass die Politikverdrossenheit weiter steigt.

GUTE CHANCEN FÜR CETA-STOPP

Trotz der Rückschläge rechnen die CETA- und TTIP-Kritiker mit guten Chancen, dass das EU-Kanada-Abkommen nicht in der jetzigen Form ratifiziert wird. So war im Nachbarland Österreich das Volksbegehren erfolgreich. In den Niederlanden wird derzeit ein Referendum vorbereitet. Die belgische Regierung will nur unter Auflagen dem Vertrag zustimmen, und auch in Irland wäre eine Volksabstimmung möglich. Insgesamt müssen 28 nationale Parlamente und 14 Regionalparlamente zustimmen – und die stehen dem Freihandelsabkommen längst nicht alle unkritisch gegenüber. Die KAB Deutschlands ruft daher weiter dazu auf, die Volksinitiativen in Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein zu unterstützen.

BlackRock: „Unfassbare" Weltmacht

Fast unbemerkt von der Öffentlichkeit haben sich die Machtverhältnisse in der Wirtschaft verändert. Nicht mehr reiche Familien oder große Banken geben den Ton in Großkonzernen an, sondern Megafonds. Der größte von ihnen heißt BlackRock, auf Deutsch „schwarzer Fels". Er hat einen beherrschenden Einfluss auf deutsche Konzerne ebenso wie auf die Weltwirtschaft. Das hat Folgen für die Märkte, für die Beschäftigten und für die Regierungen. Die Megafonds sind milliardenschwer, weil sie das Geld von Unternehmen, von Superreichen, von Stiftungen, auch von Pensionskassen verwalten und investieren. BlackRock betreut Vermögen von etwa 4700 Milliarden US-Dollar – das entspricht mehr als der deutschen Wirtschaftsleistung pro Jahr. Insgesamt verwalten die zehn größten Megafonds der Welt ein Vermögen, das dem Bruttoinlandsprodukt der Europäischen Union entspricht. BlackRock ist an allen dreißig Dax-Konzernen beteiligt. In zehn Unternehmen ist er der größte Einzelaktionär. An 282 von 300 Weltkonzernen besitzt der „schwarze Fels" Anteile.
Mächtig wurden die Megafonds durch die Finanzkrise. Während die Banken wenigstens ein wenig reguliert werden, gelten die Fonds nicht als Banken. Also gilt: Regulierung Fehlanzeige. Kontrolle Fehlanzeige. Sie können schalten und walten, wie sie wollen. Und das tun sie. Bei seinen Investitionen stützt sich BlackRock auf ein gigantisches Computersystem. Ungezählte Analysten arbeiten an 5000 Großrechnern. Unter Kennern gilt es als machtvollstes System zur Analyse von Unternehmens- und Wirtschaftsdaten. Diese Analysen dienen dazu, die Investitionen täglich auf die höchst mögliche Rendite auszurichten.
Dabei kümmern sich anonyme Eigentümer wie BlackRock kaum um ethische Ziele ihrer Unternehmen. Wenn es der Rendite dient, strukturieren sie Unternehmen kompromisslos um. Sie haben Konten in Steueroasen und ihre politische Lobbyarbeit ist legendär.

Der Unternehmenssitz von BlackRock in New York. Foto: dpa

BlackRock-Gründer und -Chef Laurence Douglas (Larry) Fink trifft sich regelmäßig mit Politikern und Zentralbankern.
Aufgrund ihrer Macht müssen die Megafonds viel stärker ins Blickfeld der Öffentlichkeit. Die Regierungen stehen letztlich vor der Wahl: Entweder schaffen sie einen globalen Gesetzesrahmen, dem sich die Fonds fügen müssen – oder die Politik wird sich irgendwann den Vorgaben dieser Fonds fügen müssen.
Wolfgang Kessler, Wirtschaftspublizist und Chefredakteur der christlichen Zeitschrift Publik-Forum.

IMPRESSUM

111. Jahrgang, Hrsg.
KAB Deutschlands

Redaktion und Vertrieb
Matthias Rabbe (verantw.),
Iris Koglin
Telefon (02 21) 77 22-1 31
Fax (02 21) 77 22-1 35
Bernhard-Letterhaus-Straße 26
50670 Köln
kab-impuls@ketteler-verlag.de

Ketteler-Verlag GmbH
Geschäftsführer: Alois Nock
Amtsgericht Köln, HRB 34678
Bernhard-Letterhaus-Straße 26
50670 Köln

Gesamtherstellung Heider Druck
Heider Druck GmbH
Bergisch Gladbach

Anzeigen und Beilagen
Joh. Heider Verlag GmbH
Eva-Maria Schleder
E-Mail: schleder@heider-medien.de

Bezug im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Auflage: 100.000

Für Termine keine Haftung.
Die Mai/Juni-Ausgabe
von KAB-Impuls erscheint
am 26. Mai 2017

Letzter Versandtag:
22. Mai 2017

ISSN 1434-4386
www.ketteler-verlag.de

LESERBRIEFE

Wohin spenden?

Zur DRK-Beilage im Impuls 6/2016"

Sehr verwundert äußerten sich die Vorstands- und Vertrauensleute der KAB Werne St. Johannes, dass im Impuls ein Spendenaufruf für eine DRK-Stiftung beigelegt war genau in dem Monat, in dem auch Weltnotwerk der KAB per Brief und mit der guten Anzeige im Impuls um Spenden bat.

Anton Möller, Werne

Und wer sorgt für gleiche Bezahlung?

Zu: Schritt zum Kindergrundeinkommen, in Impuls 1/2017

Mit Erstaunen habe ich die Ideen von Andrea Hoffmeier zum Kindergrundeinkommen und zum Garantierten Grundeinkommen gelesen. Die KAB setzt sich für eine humanere Arbeitswelt ein. Sichere Arbeitsplätze, ausreichende Bezahlung. Wer sorgt dann für die Renten? Auch die Gleichbehandlung bei der Bezahlung für Mann/Frau ist ein wichtiges Thema. Sollen die verbleibenden Menschen dann nur noch schuften, damit das „bedingungslose Grundeinkommen" gesichert werden kann? Mal sehen, was die Finnische Studie dazu aussagt.

Brunhilde Schmied, Neu-Ulm

Bewährte Heftform

Zum Erscheinungsbild der Mitgliederzeitung KAB Impuls

Gerne würde ich es begrüßen, dass der KAB Impuls wieder zu der alten bewährten Heftform zurückfinden würde. Das jetzige Format ist sehr unhandlich und auch unübersichtlich! Ich lese darin nur sehr ungerne und werfe diesen Impuls schnell ins Altpapier, und das ist doch keine Lösung.

Josef Pieper

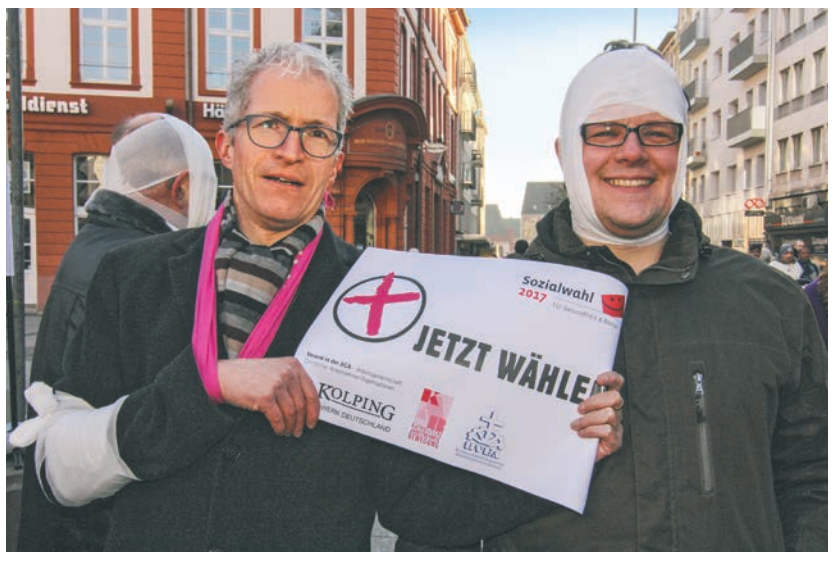
Auch ich wünsche mir die Rückkehr der IMPULS Zeitung in Heftformat. Mir ist bewusst, dass die Umstellung auf Zeitungsformat aus Kostengründe erfolgte. Mein Vorschlag: Vier statt sechs Auflagen pro Jahr, dafür aber wieder die altgewohnte Ausführung, nach dem Motto, Qualität statt Quantität.

Renate Hornberger, Würzburg

Gröhes Stärkungsgesetz ist Schwindel

Auf der Auftaktveranstaltng der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Arbeitnehmerorganisationen (ACA) übten Vertreter der Selbstverwaltungen massiv Kritik an der Bundesregierung. ACA-Bundesvorsitzender Hannes Kreller bezeichnete das so genannte Selbstverwaltungsstärkungsgesetz als „Etikettenschwindel".

„Statt die Selbstverwaltung zu stärken, hat Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe einen massiven Eingriff in die Selbstverwaltung vorgelegt", kritisiert KAB-Gesundheitsexperte Hannes Kreller. Der Bundestag hat mit den Stimmen von CDU/ CSU und SPD die Durchgriffsrechte in der gesamten gesundheitlichen Selbstverwaltung ausgebaut. So sollen in Zukunft die Spitzenorganisationen vor sogenannten Selbstblockaden geschützt werden. Konkret beinhaltet der Entwurf Vorgaben für die Haushalts- und Vermögensverwaltung, die internen Transparenzpflichten sowie Kontrollmechanismen.
Kritik äußerte auch die CDU-Politikerin und Bundeswahlbeauftragte der Sozialwahlen, Rita Pawelski. Sie hält das Gesetzespaket der Bundesregierung für eine Schwächung der Selbstverwaltung. „Es darf keine Gängelung durch die Ministerien geben", betonte Pawelski vor den ACA-Kandidaten für die Selbstverwaltung in Frankfurt.
Anders als im Koalitionsvertrag von Union und SPD verabredet, habe es die Bundesregierung verpasst, die Selbstverwaltungen in den Sozialversicherungen zu stärken. So hatten SPD, CDU und CSU vereinbart, die Sozialwahlen auch online durchzuführen, eine Freistellungsregelung für die ehrenamtlichen Selbstverwalter und Selbstverwalterinnen und eine Frauenquote einzuführen. „Nichts von dem, was die Koalition umsetzen wollte, ist geschehen", so Pawelski. So wäre es bereits bei dieser Sozialwahl technisch möglich gewesen, die Stimme online per Internet abzugeben, wenn die Bundesregierung es gewollt hätte. Dies hätte zu einer deutlich höheren Wahlbeteiligung geführt und somit die Akzeptanz der Selbstverwaltungen in den gesetzlichen Sozialversicherungen entscheidend erhöht, meint Pawelski. „Die Sozialwahlen sind ein Garant für unseren sozialen Frieden und ein Pfeiler der Demokratie", betont die Bundeswahlbeauftragte.



Öffentlicher Auftakt zu den Sozialwahlen in Frankfurt. Foto: Rabbe

GROSSE HERAUSFORDERUNGEN IN DER SELBSTVERWALTUNG

Die Kandidat/-innen von KAB, Kolping und dem Bundesverband Evangelischer Arbeitnehmer (BVEA) nutzten die Auftaktveranstaltung in Frankfurt, um auf die Herausforderungen in den gesetzlichen Sozialversicherungen aufmerksam zu machen. Mit Rollatoren, Krücken und Kopfverbänden zogen die Delegierten auf den Liebfrauenberg in der Frankfurter Innenstadt und machten ihre Anliegen lautstark öffentlich.
Unter dem ACA-Sozialwahl-Motto „Dreifach christlich – einfach menschlich!" fordert die ACA in der Unfallversicherung den Ausbau betrieblicher Prävention, in der Rentenversicherung die stärkere Anerkennung von Erziehungszeiten für Mütter und die Einbeziehung aller Einwohner in die gesetzliche Rentenversicherung. In der Pflege fordert die ACA eine kostenfreie Ausbildung. Bisher müssen in einigen Bundesländern die Auszubildenden hohe Ausbildungskosten allein tragen. Zudem sollen die ambulanten Hilfen ausgebaut und ein einheitlicher Pflegeschlüssel erstellt werden. Nicht zuletzt fordert die Christliche Arbeitsgemeinschaft die sofortige Rückkehr zur Paritätischen Finanzierung in der gesetzlichen Krankenversicherung.

Bischöfe rufen zur Sozialwahl auf

Die Deutsche Bischofskonferenz (DBK) und der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) haben gemeinsam zur Beteiligung an den Sozialwahlen vom 10. April bis 31. Mai aufgerufen. Sie verweisen auf die ökumenische Arbeitsgemeinschaft von KAB, Kolping und BVEA. „Die Kandidatinnen und Kandidaten aus den drei christlichen Sozialverbänden verfolgen das Anliegen, christliche Werte in die Entscheidungen der Sozialversicherungsträger einzubringen. Sie treten ein für die Solidarität der Jungen mit den Alten, der Gesunden mit den Kranken und der Leistungsstärkeren mit den Leistungsschwächeren. Als Christinnen und Christen haben wir Entscheidendes beizutragen, wenn es um die Mitgestaltung der sozialen Sicherungssysteme geht: die Orientierung am Wohl und der Würde des Einzelnen – ohne Ansehen der Person, die Sorge um gerechte Strukturen und die Stärkung der sozialen Selbstverwaltung als Ausdruck gesellschaftlicher Verantwortung", so Kardinal Marx und EKD-Ratsvorsitzender Bedford-Strom. Sie rufen zudem zur Beteilligung und zur Unterstützung der Vertreter aus den christlichen Verbänden auf.

JETZT WÄHLEN!
DREIFACH CHRISTLICH. EINFACH MENSCHLICH.

Sozialwahlen: ACA ist zweitstärkste Kraft

Neben den Gewerkschaften des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) bilden KAB, Kolping und der Bundesverband Evangelischer Arbeitnehmer (BVEA) in der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Arbeitnehmer-Organisationen die zweitstärkste Kraft im Bereich der gesetzlichen Sozialversicherungen. Dies betonte Hannes Kreller, Bundesvorsitzender der ACA, auf der jüngsten Bundesausschuss-Sitzung der KAB. „Dies hervorragende Ergebnis gilt es bei den anstehenden Sozialwahlen von Mitte April bis zum 31. Mai zu untermauern", betonte er gegenüber den Delegierten.
Die KAB ist zudem in 25 Sozialversicherungsträgern der gesetzlichen Renten-, Kranken- und Unfallversicherung vertreten. Diese Kompetenz müsse auch von den Diözesanverbänden sichtbar gemacht werden. Er forderte die Delegierten auf, diese sozialpolitische Kompetenz der Versichertenvertreter zu nutzen und im Rahmen von Diözesantagen Berichte über die gute und kompetente Arbeit der KAB in den Sozialversicherungen vorzustellen.

KAB HAT 500 MANDATSTRÄGER

„Im Bereich der Sozialversicherungen leisten Frauen und Männer der KAB für Mitglieder und Versicherte wichtige Arbeit, dies muss sichtbar werden!" In welchen Bereichen, das zeigen die Zahlen: Gut 500 Mandatsträger hat die KAB in den Sozialversicherungen. Sie vertreten KAB-Positionen in den Verwaltungsräten der Sozialversicherungen, als Versichertenberater/-innen und als Mitglieder in den Widerspruchsausschüssen. Besonders in den Widerspruchsausschüssen, wo über Reha-Maßnahmen oder Krankenkassenleistungen entschieden wird, ist die ehrenamtliche Arbeit wichtig und von großem Nutzen für die Versicherten und stärkt die Selbstverwaltung. „Gerade hier ist es wichtig, dass die Versicherten von Mitgliedern der ACA unterstützt werden, die selbst Versicherte sind und nicht von denen der Krankenkassen, die einen stärkeren Blick auf das Budget der jeweiligen Kassen richten", erklärt Bundeswahlbeauftragte Rita Pawelski.
Die christlichen Verbände treten in der DAK-Gesundheit, der Deutschen Rentenversicherung Bund und der Techniker Kasse an. In der Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau findet keine Urwahl statt. Bei den regionalen Rentenversicherungsträgern und vielen AOKen hat sich die ACA mit dem DGB über die Mandate geeinigt. Die Sozialwahlen finden in den Zeit vom 10. April bis 31. Mai als Briefwahl statt.

Wahlaufruf im ZDF!

Erstmals wird auch das Zweite Deutsche Fernsehen (ZDF) im Vorfeld zu den Sozialwahlen zur Beteiligung aufrufen. „Jetzt wird es auch einen Wahlaufruf im ZDF geben" erklärte Bundeswahlbeauftragte Rita Pawelski stolz auf der ACA-Auftaktveranstaltung in Frankfurt. Bisher hatte sich die Mainzer Fernsehanstalt geweigert, Wahlaufrufe zur Sozialwahl auszustrahlen.
Dabei sind die Wahlen zu den gesetzlichen Sozialversicherungen nach der Bundestagswahl und der Europawahl die drittgrößte demokratische Wahl in Deutschland. Über 50 Millionen gesetzlich Versicherte sind aufgerufen, ihre Stimme zwischen dem 10. April und dem 31. Mai per Brief abzugeben. In der Regel eine Stimme für die Kranken- und eine für die Rentenversicherung. Die Wahlen sind nicht nur ein wichtiges Beleg für die Subsidiarität und Solidarität in den Sozialversicherungen, sondern auch ein wichtiger demokratischer Akt der Mitbestimmung im deutschen Sozialsystem.
„Wir wollen die Beteiligung steigern", gab die Bundeswahlleiterin im Interview mit kab-online (siehe: *www.kab.de)* die Marschroute vor, denn eine „hohe Wahlbeteiligung stärkt die Selbstverwaltung".
Auch die ACA wirbt in den drei christlichen Sozialverbänden für die Sozialwahlen. ACA-Wahlflyer werden versandt, Interviews mit Kirchen-Zeitungen und Radiosendern, Kandidaten-Vorstellung in den Tageszeitungen (siehe auch Seite 8) und nicht zuletzt sollen Plakate und Anzeigen dafür werben, dass „dreifach christlich – einfach menschlich" die richtige Wahl für die Versicherten in der gesetzlichen Sozialversicherung ist. ACA-Bundesvorsitzender Hannes Kreller hofft auf eine starke Mobilisierung in der KAB.

Kreuz für Kirchenverbände

„Dreimal christlich – einfach menschlich!" Der Wahlslogan der drei christlichen Sozialverbände KAB, Kolping und dem Bundesverband Evangelischer Arbeitnehmer (BVEA) zielt auf das christliche Menschenbild, aus dem alle drei Sozialverbände ihr Selbstverständnis für das ehrenamtliche Engagement in Kirche und Gesellschaft ableiten.
„Denn unser Blick ist auf den Menschen gerichtet. Seine Hoffnungen und Ängste, seine Freuden und Leiden stehen im Mittelpunkt unseres Engagements in der sozialen Selbstverwaltung, der Rentenversicherungen, der Kranken- und Pflegeversicherungen sowie der Berufsgenossenschaften/Unfallversicherungen auf regionaler und auf Bundesebene", so die ACA. Das Engagement der drei Verbände wurzelt in einer langen Geschichte für mehr soziale Gerechtigkeit. Der Einsatz der Arbeiterinnen und Arbeiter vor über 100 Jahren führte zum Aufbau der sozialen Sicherungssysteme, um die größten Lebensrisiken im Alter, bei Krankheit und Unfall zu minimieren. Die KAB wusste um die Bedeutung der eigenen Kraft, diese Sicherheiten in einer Selbstverwaltung zu gestalten – über zwei Diktaturen auf deutschem Boden hinweg. „Diese Selbstverwaltung gilt es zu stärken und weiterzuentwickeln und nicht allein der Politik zu überlassen", so Hannes Kreller.

DREIMAL CHRISTLICH – EINFACH MENSCHLICH!

Für die Kandidat/-innen der ACA ist die christliche Botschaft eine Aufforderung an alle Menschen, durch Solidarität die Gesellschaft menschlich, sozial und gerecht zu gestalten. Die Solidarität der Starken mit den Schwachen, der Gesunden mit den Kranken und der Generationen untereinander ist auch zukünftig unsere Orientierung für mehr soziale Gerechtigkeit.

mehr: ***www.aca-online.de***
oder ***www.kab.de***

Anzeige

KABler machen Mut

München-Freising. Gleich mehrere KAB-Mitglieder haben sich an dem Buch-Projekt des Misereor-Arbeitskreises beteiligt. In 44 Geschichten und Beiträgen soll der Band Mut machen. Unter dem Titel „Wer Mut sät, wird eine andere Welt ernten“ wollen die Autoren die Angst vor der Zukunft nehmen und zum Mitgestalten an einer besseren Welt auffordern. KAB-Sekretär Rainer Forster stellte jüngst Buch und Autoren/-innen vor. So beschreiben Renate und Rudolf Hogger aus Otterfing, wie sie eine Lebra-Station in Indien unterstützen.

Kapitalismus oder christliche Moral

Regenstauf. Das KAB-Institut für Fortbildung und angewandte Sozialethik (kifas) setzt sich mit einem zweitägigen Seminar (7./8. April 2017) in Regenstauf mit der Frage auseinander: „Markt oder Moral? – Kann der christliche Glaube die Wirtschaft zukunftsfähig machen?“ Angesichts von Abgasskandalen, Finanzkrisen und Korruption stellt der Sozialethiker Sebastian Waldemar Wirtschaftsansätze aus der Enzyklika „Laudato si“ vor. Anmeldung unter: info-at-kifas.org (Telefon 0 99 72 / 94 14 60).

Sozialwahl wirft Schatten voraus

Hamm. Die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Arbeitnehmerorganisationen (ACA) startete in Hamm ihren Auftakt zur Sozialwahl in NRW. Renate Lanwert-Kuhn, stellvertretende ACA-Vorsitzende in NRW, hob in Anwesenheit von Bundeswahlleiterin Rita Pawelski hervor, dass die ACA die älteste ökumensiche Bewegung in Deutschland sei. Lanwert-Kuhn rief gemeinsam mit ACA-Geschäftsführer Franz-Josef Nordhaus dazu auf, sich an den Sozialwahlen per Brief zu beteiligen und den drei Verbänden Kolping, KAB und dem Bundesverband Evangelischer Arbeitnehmer (BVEA) ihre Stimme zu geben.

Stabwechsel bei der KAB München

München. Wolfgang Pretzer, ehemaliges KAB-Bundesausschussmitglied und Diözesansekretär der KAB im Erzbistum München-Freising hat Anfang des Jahres sein Amt an seine Nachfolgerin Susanne Schönwälder übergeben. Die neue KAB-Sekretärin arbeitete, bevor sie Sozial- und Geisteswissenschaften studierte, als Hauswirtschaftlerin- und Arzthelferin. Darüber hinaus hat Susanne Schönwälder in Brüssel gearbeitet und Einblicke in die europäischen Entscheidungsstrukturen bekommen. Gemeinsam mit Diakon Michael Wagner als Diözesanpräses wird die neue Geschäftsführerin die Geschicke des Diözesanverbandes mit leiten.

CAJ: Wählen ist Grundrecht

Waldmünchen. Wenn man schon als junge Christinnen und Christen in der Christlichen Arbeiter-Jugend (CAJ) mit dem Kreuz unterwegs ist, sollte man auch sein Kreuz bei den anstehenden Sozial-, Landtags- und Bundestagswahlen machen. Dies fordert die CAJ Bayern in einem Aufruf unter „#MachtvolldasKreuz“. Die CAJ-Landeskonferenz hatte bei ihrer Tagung in Waldmünchen sich zu der Kreuz-Kampagne entschlossen, um die Arbeiterjugend aufzufordern, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Als neuer Landesleiter wurde Constantin Nees (Diözese Würzburg) und Thomas Pinker (München und Freising) gewählt. Wiedergewählt wurde Karin Sangl (Eichstätt), Tobias Loibl (Passau). Zum Vorstand gehören auch Erwin Helmer und Tom Steger.

Mit „#MachtvolldasKreuz“ ruft die CAJ Bayern zum Wählen auf. Foto: CAJ

„Ständiges Wachstum ist unmenschlich!“

München. Der ständige Ruf nach mehr Wachstum ist unmenschlich. Dies betonte der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Reinhard Marx, beim Festgottesdienst der KAB Bayern aus Anlass der Gründung des Süddeutschen Verbandes katholischer Arbeitnehmer vor 125 Jahren. Als Christinnen und Christen seien wir angesichts der politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen täglich aufgefordert, aktiv zu werden. Ob unmenschliche Arbeitsbedingungen, die sich weiter öffnende Schere zwischen Arm und Reich oder der ungezügelte Kapitalismus, der mit seinem ständigen Ruf nach mehr Wachstum unmenschlich ist, so der Münchener Erzbischof Marx. „Unser tägliches Handeln darf nicht bestimmt werden von einem ‘We first’, sondern für einem globalen ‘Wir für alle’“. Hier sei die KAB mit ihrem Einsatz für soziale Gerechtigkeit, für die Bewahrung der Schöpfung Gottes und für die Gleichberechtigung von Mann und Frau seit ihrer Gründung auf dem Weg.

KETTELERS GEIST BLEIBT LEBENDIG

Einen Bogen aus den Leistungen der Vergangenheit zu den Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft schlug KAB-Landesvorsitzende Erna Groll. „Die KAB Bayern muss sich den gesellschaftlichen Herausforderungen stellen“, forderte sie, „da die strukturelle Ungerechtigkeit heute wie damals ein grundlegendes Problem ist“. Die soziale Spaltung in Deutschland und weltweit führe „zur Gefährdung des sozialen Friedens für alle“. So knüpfte der Schauspieler und Ökobauer Martin Winklbauer in Gestalt von Bischof Wilhelm Emmanuel von Ketteler an die „soziale Frage“ an. Auch der moderierte Rückblick über die Stationen der KAB und der christlichen Soziallehre erinnerte an die soziale Situation der Arbeiter und Arbeiterinnen und die Versuche der KAB, diese durch Zusammenschlüsse zu verbessern. So kämpfte Verbandsvorsitzende Therese Studer für einen Zehn-Stunden-Tag bei den Arbeiterinnen. In der Nachfolge setzte sich der Arbeiterinnen-Verband für die parititätische Leitungsbesetzung ein. Diese konnte 1959 im süddeutschen Verband und später im gegründeten Bundesverband eingebracht werden, so die damalige Landesvorsitzende Hedwig Fischer. Rückschläge erlebte die KAB durch den Ersten Weltkrieg, als ein Drittel der Mitglieder umkamen.

Fotos: Rabbe

Kardinal Marx feierte mit beim 125-jährigen Gründungsjubiläum. Martin Winklbauer (r.) als Bischof Ketteler.

Gebrauchtes zur Heiligen Kommunion

Leinefelde/Eichsfeld. Das beste Recycling ist die Wiederbenutzung von Kleidung. Die KAB „Maria Magdalena“ aus Leinefelde im thüringischen Eichsfeld veranstaltet daher jedes Jahr eine Kleiderbörse aus Anlass der Ersten Heiligen Kommunion. Statt für einen Tag neu zu kaufen, können Mädchenkleider und Jungenanzüge günstig erworben werden. Kleider mit modischen Accesoires, Kopf- und Kerzenschmuck, Anzüge mit oder ohne Weste, Krawatten und Fliegen können an zwei Wochenenden in Kommission gegeben werden und von den Jungen und Mädchen, die zur Erstkommunion gehen, ausgesucht werden. „Dieses Jahr hatten wir etwa 550 Einzelteile“, berichtet Vereinsvorsitzender Hans-Karl Baumgarten (Foto). Fleißige Hände aus der KAB und der Pfarrei hatten zuvor alle Kleidungsstücke begutachet, beschriftet und in Computerlisten eingetragen. 34 Vereinsmitglieder leisteten so fast 380 Ehrenamtsstunden. Doch das Ergebnis kann sich sehen lassen: 300 Euro nahm die Leienfelder KAB ein, die seit vielen Jahren für soziale Zwecke bereitgestellt wird. „Auch als kleiner Verein mit 34 Mitgliedern können wir einiges bewegen“, freut sich Baumgarten.

KAB stoppt Sonntagsverkauf

Dortmund. Der Aufmerksamkeit des Paderborner KAB-Sekretärs Benedikt van Aken ist es zu verdanken, dass die Stadt Dortmund die Sonntagsöffnung des sogenannten Pfefferpotthastfestes gestrichen hat. Der Öffentlichkeitsarbeiter der KAB hatte mit einem Foto aus dem vergangenen Jahr dem Dortmunder Ordnungsamt belegen können, dass lediglich ein Zelt für 200 Personen für das „Fest“ aufgebaut war, und somit der Anlass bedeutend geringer war, als das Öffnen der Ladenlokale am Sonntag. Offen blieb, warum das Ordnungsamt nicht selbst Kontrollen durchführte. Die beiden großen Kirchen, die Gewerkschaften und die KAB sitzen demnächst an einem Tisch, um eine Stellungnahme gegen alle geplanten verkaufsoffenen Sonntage in Dortmund 2017 zu verfassen.

CAJ-Chefin geht jetzt nach Brüssel

Paderborn. Die gebürtige Emsländerin Sarah Prenger (Foto), die die Christliche Arbeiterjugend leitet, wechselt nach Brüssel. Prenger, die mit dem Paderborner CAJ-Sekretär Alexander Franz verheiratet ist, wurde zur Präsidentin der Internationalen Christlichen Arbeiterjugend (CAJ) gewählt. Seit Februar vertritt die 30-Jährige die Interressen junger Abeiter/-innen auf internationaler Ebene. Prenger sammelte bereits Erfahrungen als Delegierte der CAJ im Weltrat und als Koordinatorn auf Europaebene.

Gegen Rechts

Münster. Die Botschaft des seligen Nikolaus Groß ist nach Ansicht von Michael Prinz, Diözesanpräses der KAB Münster in der heutigen Zeit gefragt. In einem Gedenkgottesdienst wandte sich Michael Prinz gegen den zunehmenden Rechtspopulismus. „Jetzt ist die Zeit, wir dürfen nicht zu lange warten. Im Augenblick geht es wieder um die Fragen der Menschenwürde und der demokratischen Grundordnung“, betonte der Präses. Populismus wie „Amerika first“ vom amerikanischen Präsidenten Donald Trump oder skandierende Rufe wie „Deutschland den Deutschen“ sind keine Werte, für die Nikolaus Groß sein Leben gab. Heute heiße es, im Sinne der vielen KAB-Widerstandskämpfer, Rechtspopulismus und deren Botschaft des Hasses zu bekämpfen.

Angst um die Rente

Lembach. Mit soviel Zuspruch hatte Aschenbachs KAB-Vorsitzender Franz-Rudolf Hermann nicht gerechnet. Doch das Thema „Sie planen deine Altersarmut!“ hatte nicht nur für ein hochkarätig besetztes Podium, sondern auch für einen vollen Saal gesorgt. Staatssekretär Stephan Kolling (CDU) wollte die Situation nicht zu düster sehen, doch angesichts der Aussichten forderten Teilnehmer eine Bürgerversicherung, in die alle Erwerbstätigen einbezogen werden.

IST DAS ALLES?

WWW.SIE-PLANEN-DEINE-ALTERSARMUT.DE

Milchschaum = Betriebliche und private Altersvorsorge

Eingeführt wird verpflichtend eine betriebliche Altersvorsorge für alle Arbeitnehmer*innen, die auch bei kurzzeitigen Beschäftigungen einen Beitrag zur Lebensstandardsicherung leisten muss.
Die private Alterssicherung bleibt eine freiwillige Zusatzvorsorge.

Milchkaffee = Erwerbstätigenversicherung

Die Pflichtversicherung für alle Erwerbstätigen wird paritätisch aus Beiträgen von Arbeitnehmer*innen und Arbeitgeber*innen und durch einen Bundeszuschuss finanziert.
Bei durchschnittlichem Verdienst beträgt die Rentenhöhe nach 40 Beitragsjahren (Erwerbstätigenversicherung plus Sockelrente) derzeit 1.331 Euro brutto.

Espresso = Sockelrente

Die Sockelrente ist eine Pflichtversicherung für alle Bürger*innen, die in Deutschland leben und steuerpflichtig sind.
Sie wird finanziert aus Beiträgen auf die Summe aller positiven Einkünfte und durch Steuermittel.
Die Sockelrente beträgt für alle im Rentenalter und bei Erwerbsminderung 515 Euro.

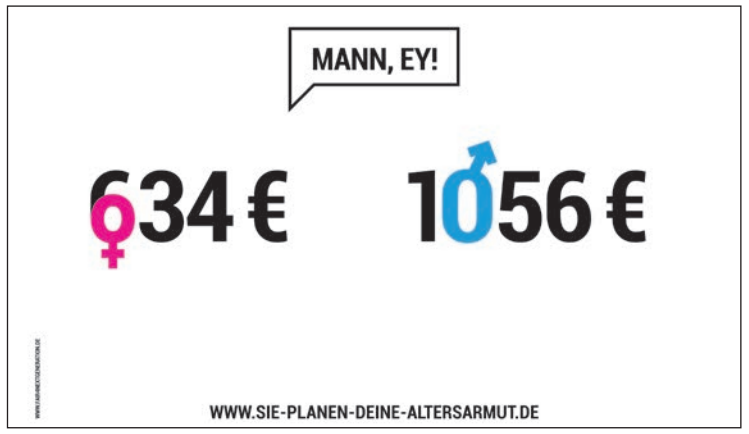
KAB-Cappuccino statt kalter Kaffee

Liebe Frauen und Männer der KAB,
Wahlzeiten sind immer bewegte Zeiten. Die unterschiedlichen politischen Ideen treten in den Wettstreit um die Wählergunst. In diesem Jahr steht nun wieder eine Bundestagswahl ins Haus und die Parteien rüsten sich zum Wahlkampf. Im Gegensatz zu früheren Zeiten stehen neben den einzelnen Politikthemen zunehmend grundlegende Politikstile miteinander in Konkurrenz. Populistische Gruppen reklamieren für sich, die besseren Alternativen zu sein, ohne sinnvolle und menschenwürdige Ideen für die Zukunft zu zeigen. Gleichzeitig sprechen sie den bisherigen Politikerinnen und Politikern die Redlichkeit ihres Handelns ab. Als Christen sind wir hier gefordert, uns für einen nachhaltigen, zukunftsfähigen und ehrlichen Politikstil einzusetzen und rechtspopulistischen Hetzern keine Chance zu bieten.
Aber neben dieser grundsätzlichen Auseinandersetzung mit Politik wollen wir uns als KAB auch mit konkreten Anliegen in die Wahlkampfzeit einmischen. Im Vordergrund steht 2017 das Thema Alterssicherung und Altersarmut. Ein Kernthema des Verbandes. Mit unseren Ideen zu einem alternativen Rentenmodell haben wir immer wieder aufgezeigt, dass es eine solidarische und gerechte Zukunft für die Alterssicherung in Deutschland geben kann.
In den kommenden Monaten wollen wir Kandidatinnen und Kandidaten zur Bundestagswahl mit den Problemen des derzeitigen Rentenmodells konfrontieren und unser Cappuccino-Modell ins Spiel bringen. Mit Plakataktionen, bei verbandlichen Veranstaltungen, im Gespräch mit Kandidatinnen und Kandidaten und bei Podiumsdiskussionen wollen wir unsere Sicht der Dinge aufzeigen. Unser Rentenmodell ist ein Schritt auf dem Weg zum Arbeiten und Leben in Würde und Solidarität. Dafür setzen wir uns ein und alle Mitglieder der KAB sind gefordert, ihren Beitrag zu dieser Diskussion zu leisten. Macht mit und zeigt, dass wir die Bewegung für soziale Gerechtigkeit sind.

Euer Bundesvorsitzender Andreas Luttmer-Bensmann

Drei Stufen gegen Armut

Das KAB-Modell einer solidarischen Alterssicherung ist wie ein Cappuccino, weil es sich wie ein Cappuccino aus drei Schichten zusammensetzt: Espresso = Sockelrente – Milchkaffee = Erwerbstätigenversicherung – Milchschaum = betriebliche und private Vorsorge
Die erste Stufe, die Sockelrente ist eine solidarische Pflichtversicherung für alle Bürgerinnen und Bürger. Sie garantiert eine Mindestsicherung unabhängig von der individuellen Erwerbsbiografie für alle im Rentenalter und bei Erwerbsminderung, eine Bedarfsprüfung wie bei der derzeitigen Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung findet nicht statt. Mit der Höhe der Sockelrente von 515 Euro monatlich knüpft die KAB an den Berechnungen zum Grundeinkommen und dem Beschluss zur Einführung eines Kindergrundeinkommens an. Die Forderung nach einer grundlegenden Existenzsicherung für Jung und Alt darf im Bundestagswahlkampf nicht gegeneinander ausgespielt werden.
Die zweite Stufe ist die Erwerbstätigenversicherung – sie ist eine Pflichtversicherung für alle Erwerbstätigen, auch Selbstständige und Beamte werden einbezogen. Die Absicherung des Risikos der Erwerbsminderung bleibt erhalten. Zeiten für Kindererziehung und Pflege sollen deutlich besser als heute anerkannt und darüber hinaus fünf Jahre Bildungszeiten angerechnet werden.
In der dritten Stufe wird eine verpflichtende, eine betriebliche Altersvorsorge für alle Beschäftigten eingeführt. Der Beitrag orientiert sich an der Höhe des Beitragssatzes für die Sockelrente und wird von den Arbeitgebern geleistet. Die private Altersvorsorge bleibt wie bisher eine freiwillige Zusatzversorgung. Mit dem Cappuccino-Modell knüpft die KAB an dem Rentenmodell der katholischen Verbände an und entwickelt dieses für den Bundestagswahlkampf weiter. (Lucia Schneiders-Adam)



Von der Lohnlücke zur Rentenkluft: Die Alterssicherung in Deutschland ist ein Spiegelbild der Erwerbsbiografie. Frauen erhalten eine um 40 Prozent geringere gesetzliche Rente als Männer, in Bezug auf alle drei Säulen der Alterssicherung – gesetzlich, betrieblich und privat – beträgt der Unterschied sogar 57 Prozent. Ursachen sind die deutlich geringere Entlohnung von Frauen gegenüber Männern.

„Das Rentenniveau beträgt derzeit 47,7 Prozent und sinkt weiter. Nach aktuellen Berechnungen wird es im Jahr 2030 nur knapp über der gesetzlichen Grenze von 43 Prozent liegen. Die Renten bleiben somit hinter der Lohnentwicklung zurück. Und wenn das Rentenniveau dann noch weiter sinkt? Eine „Haltelinie" vor dem finanziellen Absturz im Alter ist dieses Niveau nicht. Wir sagen: Rente muss vor Armut schützen und solidarisch sein!"

Fahrplan zur Altersarmut

Altersarmut nimmt kontinuierlich zu und ist schon heute für immer mehr Menschen ein Problem. Ein Indiz ist die steigende Zahl der Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Sie hat sich seit 2004 fast verdoppelt und lag Ende 2015 schon bei über einer Million. Aber diese Zahl beschreibt das Risiko der Altersarmut nur unzureichend. Betrachtet man die Armutsrisikoquote – danach gelten Personen mit weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens als armutsbedroht – dann sind schon 15 Prozent der Älteren ab 65 Jahren armutsgefährdet. Und die Zahl der armen Alten wird weiter ansteigen. Betroffen sind besonders Frauen. Sie erhalten immer noch deutlich weniger Lohn als ihre männlichen Arbeitskollegen und erledigen weiterhin den größten Teil der unbezahlten Arbeit. Mit dem Ergebnis: Sie erhalten eine um 40 Prozent geringere Rente als Männer. Prekäre Arbeit und Niedriglöhne führen zu Renten, die zur Sicherung der Existenz im Alter nicht ausreichen, und ein Großteil der Erwerbsminderungsrenten liegen trotz der letzten Rentenreform weiterhin unter Grundsicherungsniveau. Und das sinkende Rentenniveau trägt dazu bei, dass Beschäftigte immer länger in die Rentenversicherung einzahlen müssen, um eine Rente oberhalb der Armutsgrenze zu erreichen.
Wir als KAB sagen: Rente muss vor Armut schützen und solidarisch sein. Wir brauchen eine grundlegende Rentenreform, die alle Bürgerinnen und Bürger und alle Erwerbstätigen einbezieht und den Aufbau einer Sockelrente, die Altersarmut verhindert und die Existenz im Alter absichert.

„Prekäre Beschäftigung ist weiter auf dem Vormarsch: Leih- und Zeitarbeit, Beschäftigung im Niedriglohnsektor, unfreiwillige Teilzeitarbeit und Minijobs nehmen zu. Von einem schlechten Lohn lässt sich keine ausreichende Alterssicherung aufbauen. So ist Armut im Alter trotz harter Arbeit vorprogrammiert. Wir sagen: Niemand hat dies verdient!"

So beteiligen wir uns!

Verbandliche Kampagnen leben vom Mitmachen. Auch bei der Kampagne „Sie planen deine Altersarmut" soll das so sein. Die einzelnen Elemente sollen hier kurz präsentiert werden:

Plakataktion
Für die Kampagne sind vier Plakate in unterschiedlichen Formaten erstellt worden. Sie weisen auf zentrale Probleme des derzeitigen Rentensystems hin und sollen zum Nachdenken und Nachforschen anregen. Wer sich auf die Anfragen einlässt, erhält Hinweise und Antworten auf der Homepage und bei Veranstaltungen der KAB. Diese Plakate sollen in einzelnen Regionen gleichzeitig an vielen Stellen aufgehängt werden. Dazu sind Großplakatwände anzumieten und viele Plakate im öffentlichen Raum aufzuhängen. Hierbei sind vor allem Vereine und Bezirks- oder Kreisverbände gefordert.

Fotoaktion
Zur Bundestagswahl wollen wir von Kandidatinnen und Kandidaten wissen, wie sie zum Thema Rente stehen und ob sie sich für unser Rentenmodell einsetzen werden. Die Ergebnisse dieser Befragung wollen wir aber auch dokumentieren. So sollen die Antworten zusammen mit einem Foto auf unserer Kampagnenhomepage erscheinen. Die Kandidatinnen und Kandidaten sollen bei Aktionen oder bei ihren Wahlkampfständen von KAB-Mitgliedern dazu besucht, interviewt und fotografiert werden. Die Ergebnisse können per Instagram oder Facebook direkt hochgeladen oder an eine KAB-Mailadresse verschickt werden. Wenn wir möglichst viele Bewerberinnen und Bewerber für den Bundestag erreichen wollen, müssen viele mitmachen.

Bildungsveranstaltungen
Fragen stellen und auf Probleme aufmerksam machen ist das eine, über Lösungen informieren das andere. Bei Veranstaltungen der KAB sollte in den kommenden Monaten immer auf das Cappuccino-Modell zur Rente hingewiesen werden. Von der Veranstaltung zur Sozialwahl über den Kreuzweg bis zur Maifeier passt das immer. Zusätzlich wäre sicher auch eine gezielte Veranstaltung zum Thema Renten ein Gewinn.

Aktionsstände
So wie die Parteien für sich werben, so können auch wir als Verband in die Öffentlichkeit gehen. Mit einem kreativen Aktionsstand mit Info und Cappuccino können wir auf das Thema und unseren Zukunftsvorschlag aufmerksam machen.

Podiumsveranstaltungen
Zur Wahl macht es Sinn, direkt mit den Kandidat/-innen in die Diskussion zu kommen. In der KAB haben solche Veranstaltungen bereits Tradition. Diesmal sollte dabei das Thema Rente einen besonderen Stellenwert haben. Zusätzlich sind auf Landesebene und bundeszentral einige Veranstaltungen mit Spitzenkandidat/-innen geplant. Weitere Möglichkeiten zur Beteiligung werden entwickelt.

(sie-planen-deine-altersarmut.de)

Mitbestimmung auf „Drittem Weg“

Eichstätt. Am 6. und 7. März 2017 fand zum 20. Mal die Fachtagung zum kirchlichen Arbeitsrecht an der Katholischen Universität in Eichstätt statt. Die Idee zur Gründung einer Fachtagung zum kirchlichen Arbeitsrecht ist im Herausgeberkreis der Zeitschrift „Die Mitarbeitervertretung“ (ZMV) entstanden. Die Bischofsstadt Eichstätt und die einzige Katholische Universität im deutschsprachigen Raum erwiesen sich als Tagungsort ideal.
Damals hatte sich das kirchliche Arbeitsrecht sowohl im Bereich der evangelischen wie der katholischen Kirche mit jeweils bundesweit einheitlichen Strukturen der Arbeitsrechtsregelung (sog. Dritter Weg) und auch des Mitarbeitervertretungsrechts etabliert.
Die Interessenvertreter der Mitarbeiter standen dem kirchlichen Arbeitsrecht angesichts deutlich eingeschränkter Beteiligungsrechte im Vergleich zur Arbeitsrechtsregelung durch Tarifvertrag mit Arbeitskampfmöglichkeit und Betriebsverfassungsgesetz kritisch gegenüber. Der seit Mitte der 1990er-Jahre einsetzende Abbau des Sozialstaates durch Kürzungen der Finanzierung sozialer Dienstleistungen (Abschaffung des sog. Kostendeckungsprinzips) löste entsprechenden Druck bei den Einrichtungsträgern kirchlicher Einrichtungen aus, Lohnkosten zu senken.

DIALOG UND IMPULSE

Die Notwendigkeit, eine Basis des Dialogs zu schaffen, hat sich aufgedrängt. Das Ziel der Fachtagung war, ein dreifaches Dialogforum zu schaffen. Einmal sollte der Dialog zwischen evangelischer und katholischer Kirche gefördert werden, dann der Dialog zwischen Dienstgebern und Vertretern der Mitarbeiterseite und der Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis. In den letzten Jahren haben regelmäßig etwa 500 Fachleute des kirchlichen Arbeitsrechts aus ganz Deutschland an der Fachtagung teilgenommen.
In den fast 20 Jahren hat die Fachtagung wichtige Impulse gegeben und Prozesse der Gestaltung des Arbeitsrechts ausgelöst. Die Themen, die behandelt wurden, lassen sich in zwei Kategorien einteilen:
– Erhalt und Verbesserung der materiellen Arbeitsbedingungen mit dem Stichwort Ablösung des BAT als Leitwährung, Streikrecht, Begrenzung der Befristungen, Leiharbeit und Servicegesellschaften, aber auch Einflüsse des EU-Rechts
– Verbesserung der Mitbestimmung im Dritten Weg, wie auch im Bereich der Betriebsverfassung sowie Anpassung der Loyalitätsobliegenheiten an veränderte gesellschaftliche Entwicklungen.

Foto: Archiv
Renate Oxenknecht-Witzsch

Die Einführung einer kircheneigenen Regelung der Unternehmensmitbestimmung ist noch eine unerfüllte Forderung. Großartige Vorträge sind gehalten worden, die Zeichen gesetzt haben und in Erinnerung bleiben, z. B. 2012 der Vortrag des damaligen Bundestagsabgeordneten Ottmar Schreiner. Aktuelle Themen der diesjährigen Fachtagung waren Arbeiten 4.0 und Folgen der Ökonomisierung sozialer Einrichtungen.

IDEALE FORM DER VERNETZUNG

Mit der Fachtagung ist eine ideale Form der Vernetzung im Arbeitsrecht gelungen. Seit dem Jahre 1998 hat sich das kirchliche Arbeitsrecht hinsichtlich der Arbeitsbedingungen vielfach positiv entwickelt. Die Chance, ein Vorbild für Mitbestimmung zu sein, haben die Verantwortlichen aber bisher nicht erfüllt.
Prof. Dr. jur. Renate Oxenknecht-Witzsch

Erster Schritt zur Lohngerechtigkeit

Düsseldorf. Als ersten, aber auch als einen unvollkommenen Schritt bezeichnet der KAB-Diözesanverband Köln das aktuelle Gesetz zu mehr Lohngerechtigkeit. Frauen sollen in Betrieben mit mehr als 200 Beschäftigten das Auskunftsrecht über die Vergütungskriterien gegenüber ihrem Arbeitgeber erhalten. In Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten müssen regelmäßig Auskünfte über den Stand der Gleichstellung und Entgeltgleichheit gegeben werden. Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig hofft mit der innerbetrieblichen Transparenz, den seit 50 Jahren geltenden Anspruch auf gleiches Entgelt bei gleichwertiger Arbeit besser umzusetzen. „Das Gesetz beseitigt nicht den größten Knackpunkt“, meint KAB-Diözesansekretär Winfried Gather. „Denn Frauen arbeiten überwiegend in Branchen, wo weniger bezahlt wird.“ Zudem fallen die meisten Betriebe nicht unter dieses Gesetz, da sie weniger als 200 Mitarbeiter haben.

KAB sammelt Smartphones

Limburg. Die Produktion von Smartphones führt nicht nur zu Kämpfen und Bürgerkriegen beim Abbau der Rohstoffe, auch der ständige Neukauf sorgt für giftigen Abfall. „Beim Abbau von Rohstoffen und seltenen Erden müssen Kinder und Jugendliche in Schwerstarbeit schuften und bei der Fertigung herrschen oft menschenunwürdige Arbeitsbedingungen“, erklärt der Limburger Diözesanvorsitzende Thomas Diekmann.
Aus diesem Grund hat der Diözesanverband kurz nach Weihnachten eine Sammelaktion gestartet. Grund: Viele haben zu Weihnachten ein neues Smartphone geschenkt bekommen. In der Holzwerkstatt des Walter-Adlhoch-Hauses wurden Sammelboxen gefertigt, die in den Ortsvereinen aufgestellt sind.
Mit der Sammelaktion bietet der KAB-Diözesanverband die Möglichkeit, Altgeräte fach- und umweltgerecht zu entsorgen. Mit dem Erlös aus dem Recycling werden soziale Projekte der Caritas unterstützt. So unter anderem der Umbau und die Renovierungsmaßnahmen des Gemeinschaftsraumes im Walter-Adlhoch-Haus. Die Sammelaktion steht unter dem KAB-Motto „Gut Wirtschaften“ für ein nachhaltiges Leben und Arbeiten, erklärt KAB-Diözesansekretär Martin Mohr. Die Sammelaktion läuft noch bis Mitte Mai 2017.

KAB beim Equal-pay-day

Würzburg/Köln. Mit vielen Veranstaltungen und vielen Frauenverbänden hat die KAB am Equal-pay-day auf die ungleiche Bezahlung von Männern und Frauen aufmerksam gemacht. „Laut Statistischem Bundesamt beträgt aktuell die Lohndifferenz in Deutschland 21 Prozent. Umgerechnet ergeben sich daraus 77 Tage. Damit mussten Frauen bis zum 18. März diesen Jahres arbeiten, um wenigstns soviel zu verdienen, wie die Männer bereits am 31.12. des letzten Jahres verdient hatten“, kritisiert Evelyn Bausch, Frauenbeauftragte der KAB im Bistum Würzburg. Gemeinsam mit dem Katholischen Frauenbund und der SPD-Frauengruppe beflagte die KAB die Straße vor dem Würzburger Dom. Zuvor hatte das Frauenbündnis Informationsveranstaltungen in Schulen und Diskussionen durchgeführt.
In Köln hatte der KAB Stadtverband gemeinsam mit BDKJ, Frauenbund, Kolping und Mitarbeiter/-innen aus katholischen Einrichtungen auf dem Wiener Platz einen Parcour zu den ungleichen Lebens- und Arbeitssituationen von Frauen und Männern aufgebaut. Auch im Diözesanverband Münster und Trier gingen KAB-Frauen in die Öffentlichkeit. In Burghausen hatte der DV Passau zum Frauenbildungstag mit dem Thema „Was Tod und Aufestehung Jesu für uns bedeutet“ nach Burghausen eingeladen.

Weltfrauentag in Uganda gefeiert

Die Situation von Frauen in Afrika und speziell in Uganda stand für die Weltbewegung Christlicher Arbeitnehmer (WBCA) in diesem Jahr im Mittelpunkt des Weltfrauentags am 8. März. So ist das Todesfallrisiko laut der Gesundheitsorganisation der Vereinten Nationen für afrikansiche Frauen 175 Prozent höher als bei Frauen in den Industrieländern. Die CWM Mbuya, Partnerorganisation der KAB in Uganda, hatte in diesem Jahr den internationalen Frauentag öffentlich gefeiert und auf die Arbeitssituation von Frauen aufmerksam gemacht. Ein ausführlicher Bericht von der CWM-Sekretärin Janet Nkuraija ist auf der KAB-Homepage *(www.kab.de)* zu lesen.

Anerkennung in der Pflege

Foto: KAB
Pflegeberufe benötigen nach Ansicht der KAB eine stärkere Anerkennung.

Penzberg. Eine stärkere Anerkennung der Pflegeberufe, mahnte bei einer Infoveranstaltung der KAB Penzberg die Geschäftsführerin der Ökumenischen Sozialstation Oberland, Claudia Hörbrand an. „Was nützen die schönsten Gesetze, wenn es niemanden gibt, der als Altenpfleger arbeiten will.“ Die Pflegeexpertin setzt auch auf eine Aufwertung und bessere Finanzierung.
Positiv bewertete Hörbrand die ab Januar geltende Einstufung in Pflegegrade. „In der Vergangenheit wurde die Einstufung in die Pflegestufen“, so Hörbrand, „oftmals nicht dem tatsächlichen Pflegebedarf gerecht.“
Die Pflegebedürftigkeit orientiert sich künftig nicht mehr an benötigten Pflegeminuten, sondern an den noch vorhandenen Fähigkeiten des Menschen – Maßstab für die Beurteilung ist damit der Grad der Selbstständigkeit. Mit dem neuen Begutachtungsinstrument werde der Grad der Selbstständigkeit eines Pflegebedürftigen durch den Medizinischen Dienst der Krankenversicherung (MDK) bestimmt. Das geschehe anhand von sechs Lebensbereichen. Es werden dabei sämtliche pflegerelevanten Kriterien berücksichtigt: körperlich, geistig, psychisch und sozial. Der Pflegebedürftige kann dadurch in den passenden Pflegegrad eingestuft werden.
Michael Schmatz, Vorsitzender im Leitungsteam des örtlichen KAB-Verbandes unterstrich, dass bereits mit dem ersten Pflegegrad auch die Pflegebedürftigkeit beginne. Diese Bedürftigkeit könne bereits nach einem aktuellen Aufenthalt im Krankenhaus zum Tragen kommen.

Globale Solidarität braucht uns!
Weltversammlung der WBCA in Avila / Spanien
15. – 21. Juli 2017

Die KAB Deutschlands und das Weltnotwerk tragen gemeinsam dafür Sorge, dass die Delegierten aus unseren KAB-Partnerbewegungen an der WBCA-Weltversammlung in Avila teilnehmen können. Dafür brauchen wir Ihre Unterstützung!

SPENDENKONTO
Pax Bank
DE80 3706 0193 0016 1510 25
GENODED1PAX
Stichwort WBCA-Avila

KAB Katholische Arbeitnehmer-Bewegung
Weltnotwerk der KAB
www.weltnotwerk.org
Kontakt: 0221-7722145

Arbeit 4.0: Große Probleme in den besten Jahren

Regensburg. „Vor allem Männer zwischen 40 und 50 Jahren werden Probleme durch die Digitalisierung der Arbeitswelt bekommen.“ Dies erklärte Reinhold Graber von der Handwerkskammer Niederbayern/Oberpfalz im Rahmen der ökumenischen Bildungstage, zu denen die KAB Regensburg gemeinsam mit der afa, der evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen, eingeladen hatten. „In Zukunft werde es immer weniger den einen Betrieb geben, wo Menschen sich treffen“, meint IG-Metall-Vertreterin Karin Wagner. So arbeite die Firma „Local motors“ schon heute mit einer Belegschaft von 100 Stammbeschäftigten und 30.000 freien Ingenieuren, die über Internetplattformen neue Prototypen entwickeln. Neben der körperlichen Entlastung durch die Digitalisierung sehe sie aber auch die zunehmende Verdichtung von Arbeiten und die Vereinsamung von wenigen Mitarbeitern in großen Fertigungshallen kommen.
Die neuen Technologien können nach Einschätzung von Pfarrerin Sabine Behrend durchaus eine dienende Funktionen ermöglichen und neue Freiräume schaffen. „Die Einführung der Digitalisierung mit dem einzigen Ziel der Gewinnmaximierung widerspricht aber klar der Nächstenliebe.“, so Behrendt.

Die 42. Ökumenischen Bildungstage mit 50 Teilnehmer/-innen fanden unter Leitung von KAB-Sekretär Martin Schulze (l.) statt. Foto: KAB

IMPULS-INTERVIEW MIT STEFAN BACH VOM DEUTSCHEN INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG IN BERLIN

„Mittelschicht fällt auf Steuermythen leicht rein“

Steuerexperte Bach sieht hohe Steuern nicht unbedingt als Nachteil für die Wirtschaft / Ökosteuer ist weiterhin sinnvoll

Impuls-Mitarbeiter Gerhard Endres sprach mit Stefan Bach, Steuerexperte beim Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin, über die verschiedenen Mythen über Steuern und deren Wahrheitsgehalt.

Foto: DIW

DIW-Steuerexperte Stefan Bach

Impuls: Herr Bach, wie werden Steuern in der Öffentlichkeit dargestellt?
Bach: Der beliebteste Steuermythos ist, dass hohe Steuern der Wirtschaft schaden. Das stimmt in der pauschalen Aussage nicht. Eine Reihe von Staaten haben ein sehr hohes Steueraufkommen und eine sehr hohe Steuerbelastung, sind aber wirtschaftlich sehr erfolgreich, Schweden und Dänemark zum Beispiel. Zugleich gibt es eine Reihe von Ländern, die haben niedrige Steuerlasten, funktionieren aber nicht so gut, etwa Länder in Süd- und Südosteuropa oder Schwellenländer.
Richtig ist, bei hohen Steuerbelastungen reagieren die Menschen darauf, das muss man berücksichtigen. Aber anders als man in den Hochzeiten der neoliberalen Wirtschaftspolitik dachte, wo das Motto herrschte, „Steuern runter, dann läuft die Wirtschaft besser“, hat sich das so nie bewahrheitet. Die Ausweichreaktionen von Steuerpflichtigen sind nicht so groß. Sie wurden auch durch mehr internationale Kooperation und Steuervergünstigungen zurückgeführt, so das wieder mehr geht bei der Besteuerung von hohen Einkommen und Vermögen.

Impuls: Was ist das Gefährliche an der Mythenbildung ?
Bach: Es werden falsche Vorstellungen geweckt. Die Mittelschichten fallen auf diese Mythen leicht herein, wenn sie glauben, dass die Wirtschaft schlechter läuft, wenn die Steuern für die Reichen stark steigen. Gleichzeitig werden die Mittelschichten immer mehr belastet bei der Mehrwertsteuer und bei der kalten Progression.

Impuls: Finanzminister verkünden immer stolz einen Rekord an Steuereinnahmen. Ist das auch ein Mythos?
Bach: Bei den Rekordsteuereinkommen muss man sehen, dass bei einer wachsenden Wirtschaft auch das Steuereinkommen steigt. Unser Einkommen steigt ja auch jedes Jahr. Man muss die Steuerbelastung in Beziehung zu den Einkommen setzen. Gesamtwirtschaftlich ermittelt man die Steuerquote in Relation zum Sozialprodukt. Diese Steuerquote ist seit den 50er-Jahren erstaunlich konstant und bewegt sich zwischen 22 und 24 Prozent.
Aktuell ist die Steuerquote gestiegen. Das hängt mit der kalten Progression zusammen, weil die Menschen mehr verdienen, kommen sie dann in eine höhere Steuerstufe. Zuletzt konnte Finanzminister Schäuble aufgrund der höheren Einnahmen bei der Einkommensteuer seinen Haushalt sanieren. Es gab sogar Haushaltsüberschüsse. Die Steuerbelastungen liegen jetzt höher als in früheren Jahren, aber immer noch niedriger als Mitte der 70er- oder Ende der 90er-Jahre.

Impuls: Ist Kapital ein scheues Reh?
Bach: Kapitalanleger können auf die Steuerbelastung reagieren, das hängt aber von steuerlichen Rahmenbedingungen ab. Mit der Lockerung der Restriktionen für den internationalen Kapitalverkehr hat man die Wirtschaft immer mehr internationalisiert und globalisiert, die Steuersysteme hat man aber bei der nationalen Ebene belassen. Man muss Mindeststandards für die internationale Besteuerung einziehen, damit nicht mehr so viel getrickst werden kann. Beispielsweise Information über Einkommen austauschen.

Impuls: Was ist an der Aussage dran, dass ab Juli der Arbeitnehmer nur für den Staat arbeitet?
Bach: Sie meinen den Steuerzahlergedenktag. Auch ein Mythos. Das ist problematisch, da die Steuern und die Sozialbeiträge zusammengezählt werden. Sozialbeiträge sind keine Steuern, denn man erhält Gegenleistungen dafür, wie Rente, Arbeitslosenleistung, Gesundheitsversorgung über die Krankenversicherung. Wenn man dies nicht bezahlen würde, müsste man sich privat krankenversichern und hätte ähnliche Aufwendungen zu bestreiten.
Aber auch bei den Steuern gibt es Gegenleistungen für den Bürger. Der Steuergedenktag wird dem Bürger immer als Ausbeutungstag dargestellt. Es werden Erwartungen bei den Bürgern geweckt, dass man die Steuern und Sozialbeiträge deutlich senken könnte. Doch das ist in der Form so nicht möglich.

Impuls: Ist das auch ein Mythos, dass der Staat mit Geld nicht umgehen kann und macht Wirtschaft alles richtig?
Bach: Das ist ein weitverbreiteter Mythos: das Vorurteil, der Staat, die Beamten, die Sozis könnten mit dem Geld nicht umgehen. Klar, der Staat ist nicht immer der Hort der wirtschaftlichen Effizienz. Aber an den Staat werden andere Anforderungen gestellt und er muss immer die verschiedensten Interessen ausgleichen. Natürlich gehen viele Infrastrukturprojekte schief. Aber in der Wirtschaft ist auch nicht alles Gold, was glänzt, da gehen auch viele Projekte schief, etwa Unternehmensübernahmen, oder Stahlwerke in Lateinamerika, die nicht funktionieren. Die Ausgaben und Ausgabenprogramme des Staates sollte man schon immer wieder genau analysieren. Wenn die Bürger den Eindruck haben, ihr Geld wird vernünftig ausgegeben, dann sind sie auch eher bereit, mehr Steuern zu bezahlen.

Impuls: Ist die Ökosteuer sinnvoll ?
Bach: Viele Bürger lehnen die Ökosteuer ab, weil sie sagen, mit Steuern kann man nicht steuern. Wenn der Konsum auf Energie zurückgeht, hätten wir kein Aufkommen mehr. Bei dem großen Thema Energieverbrauch, Klimawandel und CO_2-Emissionen geht es darum, langfristig den Verbrauch zu senken, kurz und mittelfristig ein großes Steueraufkommen erzielen. Das wird erreicht. Gleichzeitig hat die Ökosteuer den großen Vorteil, das sie einen breiten ökologischen Impuls setzt, die Preise für den Verbrauch für Ressourcen erhöht und den Wirtschaftsprozessen überlässt, wo eingespart wird. Das ist bei den komplexen Prozessen der Energie ein Vorteil, hat aber häufig den Nachteil, dass es unerwünschte Nebeneffekte auslöst. Wenn man in den energieintensiven Branchen die Energiepreise hochsetzt, hat man auch Wettbewerbsnachteile gegenüber den ausländischen Konkurrenten. Auch ärmere Haushalte, die oft in energetisch schlechten Häusern leben, haben das Problem der Energiearmut. Das begrenzt den Einsatz dieser Instrumente. Als Basisinstrument ist die Ökosteuer sinnvoll. Erst wenn der CO_2-Ausstoß deutlich sinkt, muss man sich über andere Steuern Gedanken machen.

Sozialwahl 2017– Die KAB-Kandidaten

Sozialwahl 2017 Für Rente & Gesundheit

Foto: RV

Winfried Fockenberg für DRV Bund

Wir sind nah dran!

Als politischer Mensch zieht sich mein ehrenamtliches Engagement für andere wie ein roter Faden durch mein Leben. Ich befürworte eine starke Selbstverwaltung. Wir Selbstverwalter sind es, die ganz nah am Versicherungsträger sind – viel näher als der Gesetzgeber. Als demokratisch legitimierte Vertreter der Beitragszahler bestimmen wir maßgeblich mit über wesentliche finanzwirksame, personelle und andere Entscheidungen. Die politische Partizipation, die Versicherten- und Arbeitgebervertreter in der Selbstverwaltung gewährleisten, könnte aus meiner Sicht jedoch noch optimiert werden, beispielsweise in Form eines Anhörungsrechts für die Selbstverwaltung im Vorfeld richtungsweisender, politischer Entscheidungen. Ob damals als ehrenamtlicher Bürgermeister oder als Bundestagsabgeordneter, auch heute arbeite ich mit viel Freude ehrenamtlich als Vertreter der Versicherten in der Selbstverwaltung der Deutschen Rentenversicherung Rheinland und als Mitglied der Bundesvertreterversammlung der Deutschen Rentenversicherung Bund in Berlin.

Mensch ist wichtig

Ich kandidiere für die Sozialwahlen 2017, weil ich nach zwanzigjähriger Betriebsratsarbeit den Kontakt zur Basis immer noch habe und auch nicht verlieren möchte. Für Mitmenschen und vor allem Mitarbeiterinnen sich einzusetzen, habe ich in meiner Tätigkeit als Betriebsratsvorsitzende einer Bäckereikette gelernt, dass sich Einsatz für die Kolleginnen und Kollegen lohnt, wenn es um ihre Rechte bei Betriebs- und Filialschließungen geht.
Aber auch in der Arbeit der Selbstverwaltung gelingt es uns von der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung, diese Nähe zur Basis hier im ländlichen Bereich zu leben.
In den vergangenen elf Jahren als Mitglied im Widerspruchsausschuss der Innungskrankenkassen (IKK) habe ich gemerkt, wie wichtig es ist, dass wir Vertreter und Vertreterinnen aus dem Handwerk den Vorständen in den Krankenkassen immer wieder deutlich sagen, wie wichtig der Mensch, das Mitglied, für sie ist. Besonders mit unserer Arbeit in den Widerspruchsausschüssen wird die Selbstverwaltung gestärkt.

Foto: NW

Martina Loges für die IKK

Foto: Privat

Bruno Seuffert für DRV Nordbayern

Menschen helfen

Als Mitglied der KAB und als Leiter der Benediktushöhe Retzbach, dem Haus für soziale Bildung der Diözese Würzburg, engagiere ich mich seit 1999 in der Vertreterversammlung der Deutschen Rentenversicherung Nordbayern und stehe darüber hinaus den Versicherten der Deutschen Rentenversicherung als Versichertenberater zur Seite.
Seit 2005 engagiere ich mich auch in der Vertreterversammlung und im Hauptausschuss der Verwaltungsberufsgenossenschaft (VBG). Die VBG hilft im Auftrag des deutschen Sozialgesetzbuch (SGB) Arbeits- und Wegeunfälle, Berufskrankheiten und arbeitsbedingte Gesundheitsgefahren mit geeigneten Mitteln zu verhüten.
Ich bewerbe mich für die Sozialwahlen, weil ich bereits in der Vergangenheit vielen Menschen in ihren konkreten Anliegen weiterhelfen konnte. Mir ist es wichtig, gemeinsam mit meinen Kolleginnen und Kollegen von Kolping und BVEA, christliche Werte wie die Solidarität unter den Versicherten und zwischen den Generationen zu stärken.

Zugang für alle

Als Versichertenvertreterin im Verwaltungsrat der AOK Bayern ist es mir ein großes Anliegen, christliche Werte in die Entscheidungen mit einzubringen und den Menschen in den Mittelpunkt zu stellen. Unabhängig von Alter, Einkommen und sozialem Stand muss für alle Versicherten der Zugang zu einer hochwertigen medizinischen Versorgung selbstverständlich sein.
Als engagiertes Mitglied in der KAB Deutschlands und im Diözesanverband Regensburg sehe ich es aber auch als meine Verpflichtung, die Arbeitsbedingungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Blick zu haben.
Als Allgemeine Ortskrankenkasse setzt sich die AOK Bayern auch vor Ort für die Versicherten ein. Prävention und Gesundheitsförderung in Zusammenarbeit mit den Kommunen stehen im Vordergrund, da dort die Betroffenen direkt zu erreichen sind.
Als Verwaltungsangestellte der Stadt Kehlheim will ich mich für den Erhalt und den Ausbau der Kooperation im AOK-Verwaltungsrat tatktäftig einsetzen.

Foto: Rabbe

Gerlinde Bayer für AOK Bayern

Foto: Rabbe

Lothar Bischof für DRV/AOK Bayern

Einsatz für Parität

Ich stelle mich zur Wahl bei der Deutschen Rentenversicherung Nordbayern (DRV), weil ich das Anliegen der Versicherten nach christlichen Werten einbringen und vertreten möchte. Ich setze mich dafür ein, dass das Rentenniveau nicht abgesenkt oder gar gekürzt wird und so der Altersruhestand gesichert ist.
Weiter bemühe ich mich, das Wohl und die Würde des einzelnen im sozialen System zu sichern. Laut meiner bisherigen Erfahrung in der Vertretung der Vorstandschaft der DRV-Nordbayern ist es wichtig, auch als Arbeitnehmervertreter sein Mitspracherecht auszuführen, damit die Interessen dieser gewahrt sind.
Darüberhinaus will ich mich bei den Sozialwahlen für AOK Bayern zur Wahl stellen, weil ich das Solidaritätsprinzip im Gesundheitswesen für wichtig halte. Ganz besonders liegt mir die paritätische Finanzierung der Beiträge zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer am Herzen. Meine Erfahrungen im Beirat zeigen mir, dass die AOK ein zuverlässiger Partner der Versicherten ist.

Arbeit 4.0 – Prekäre Fahrradkuriere

App-Unternehmen verdrängen nicht nur Pizzaboy, sondern schaffen neue anonyme Arbeitsverhältnisse

Seit einer Stunde sitzt Marie (Name geändert) auf einer Straßenbetoneinfassung in der Kölner Innenstadt. Ihr Fahrrad hat sie vor sich abgestellt, ihr rechter Arm liegt auf einer großen würfelförmigen Kunststoff-Tasche neben ihr. Mit den Fingern wischt sie über die leuchtende Oberfläche ihres Smarthphones. Seit einer Stunde wartet sie auf einen Anruf; oder besser gesagt auf einen Klingel-Ton, der ihr einen neuen Arbeitsauftrag ankündigt.
Seit dem sie ihren „Dienst" heute morgen um 11 Uhr über ihr „Smarty" eingeloggt hat, musste sie gerade mal zwei Pizzen in einem Restaurant abholen und zum Kunden in der Einkaufsstraße etwa 300 Meter entfernt bringen. Dabei hatte sie Glück, dass sie sich zufällig in der Nähe aufgehalten hatte. Ansonsten wäre vielleicht ein anderer Deliveroo-Kurier von der Zentrale in Berlin eingesetzt worden. Marie ist es egal, ob sie „Arbeit", sprich Kundenfahrten hat. Sie verdient neun Euro brutto die Stunde bei Deliveroo. Der türkisfarbene Essensbringer versucht dem pinkfarbenen Foodora seit einiger Zeit Konkurrenz zu machen. Beide Start-ups setzen auf Essen 4.0 und sind ohne Apps und Internet nicht denkbar. Auch die „Bewerbung" bei deliveroo von Marie, die als Studentin sich etwas nebenher verdienen will, lief virtuell ab. Bewerbung, Vorstellung, alles Nebensache. „Du liebst das Radfahren? Du suchst Flexibilität? Bei Deliveroo kannst du dir bei gutem Verdienst deine Zeiten aussuchen. Bei uns gibt es jede Menge weitere Vorteile für Fahrer. ... Komm zu uns!", fordert die Internet-Seite auf.
Ein Mouse-Klick auf dem Smartphone und schon öffnet sich das nächste Fragenfeld: In welcher Stadt wohnst Du? Hast Du ein Fahrrad, Auto oder Roller? Angeklickt findet die Bewerbung über weitere Klicks statt: Gutes Fahrrad, Staatsangehörigkeit, Alter, Smartphone mit Internet-Flatrate, bist Du ehemaliger Fahrradkurier und „Wie will ich beschäftigt sein": „Angestellt", „Freelancer" oder „Ich weiß nicht!" Ach ja! Fehlt noch Name und Vorname, E-Mail-Adresse und ab wann kannst Du anfangen? Alles angeklickt und abschicken per Klick. Fertig ist die Klick-Bike-Worker-Bewerbung.
Marie hat knapp eine Woche gewartet. Dann kam der Anruf. Den hat sie noch verpasst. Doch zwei Minuten später kam eine SMS mit dem Termin zum „Boarding". Eine junge Frau erklärte der Studentin auf ihrem MAC-Laptop schnell, wie das Liefer-System funktioniert und was Marie bei jeder Benachrichtigung und Lieferung tun beziehungsweise auf ihrem Smartphone anklicken muss. Mit der Unterschrift war das Boarding, das Einchecken in das Start-up-Unternehmen abgeschlossen.

EINGELOGGT UND KONTROLLIERT

Die Internet-Flat ist wichtig. Denn die Zentrale in Berlin will genau wissen, wo Marie sich zu jedem Zeitpunkt ihrer Dienstzeit aufhält. Jede Fahrt wird kontrolliert, jede Position erkannt. Reagiert sie nicht schnell genug auf die elektronische Meldung, klingelt das Telefon und ein Mitarbeiter aus Berlin fragt, warum sie nicht ran geht.
Mussten Kunden beim alten Pizzaboy sich über dem Kühlschrank oder dem Büroschreibtisch die Menüliste von Pizza, Lasagne, Gyros, Schnitzel oder Pommes hängen, um bei Hunger zum Telefon zu greifen, wird heute am PC nur eine Internetseite aufgerufen, die eine Auswahl von mehreren Restaurants bietet. Hatte der Pizzaboy noch italienisch, chinesisch oder griechisch auf einer Karte versammelt, so wird nun exklusiv beim Chinesen, Italiener oder Griechen bestellt. Postleitzahl angeben und Restaurants in der Nähe aussuchen. „Sorry, leider liefern wir noch nicht zu deiner Postleitzahl" ist meist die Antwort.
Das kurze Einstellungsprozedere ist keine Ausnahme. Auch Jan Petter vom Spiegel-Online Medium bento recherchierte bei den Fahrrad-Lieferdiensten in Hamburg und Leipzig. Auch sein Einstellungsgespräch dauerte gerade einmal siebzehn Minuten. „Die direkten Vorgesetzten seien ein Problem: Fast niemand unter den Fahrern wisse überhaupt, wer für was wirklich zuständig sei. Die Kommunikation laufe fast nur über WhatsApp und eine Hotline. Verantwortliche Personen wechselten regelmäßig. Viele der Chefs seien BWL-Absolventen, die nach der Uni schnell Karriere machen wollten, aber wenig Erfahrung mit Mitarbeitern hätten."

EIGENES ARBEITSGERÄT

Marie dagegen hat gerade einen Lieferauftrag rein bekommen. In einer Viertelstunde muss sie in einem italienischen Restaurant in der Nähe des Hauptbahnhofs sein. „Ich kann mir schnell die Fahrer sind. Nicht zuletzt spielt auch die Geschwindigkeit der Fahrer eine Rolle, denn wer schneller fährt, erhält mehr Aufträge." Um die Fahrer ständig zu kontrollieren, müssen sie an jeder Station der Tour neue Knöpfe in der Liefer-App drücken. Auch Deliveroo verfolgt jeden Schritt, um später wahlweise die Arbeitsweise der Fahrer oder die der Restaurants optimieren zu können. Trotz der optimierten Online-Überwachung haben die Fahrer längst kein optimales Arbeitsgerät. Wie bei Marie. Wie Leiharbeiter in der Fleischindustrie ihr eigenes Messer, muss sie ihr eigenes altes Damenrad als Transportvehikel benutzten. Geht das Fahrrad kaputt, ein Platten oder ein Sturz,

Essen auf Fahrrädern. Den Auftrag erhalten die Arbeitnehmer 4.0 über Smartphone. Ohne Regenschutz und bei Wind und Wetter müssen sie die Kunden per Rad bedienen. Foto: Erlenkötter

Zeit lassen, meist dauert es dort länger und ich muss dann an der Theke warten!" Auch die Kunden gehören zur neuen Internet-Generation, ihre Smartphones bergen unendlich viele Apps, die das Leben scheinbar einfacher machen. So einfach, dass es oft absurd ist. Da bestellt ein durchtrainierter Junggeselle ein Essen bei deliveroo, obwohl das ausgesuchte Restaurant direkt unter seinem Küchenfenster liegt. „Man kommt sich als Zusteller fast erniedrigt vor, wenn man solche Bringdienste erledigen muss", erzählt Jan, der ebenfalls beim englischen Start-up deliveroo arbeitet.
Beim Konkurrent foodora werden die Fahrer nach einem Algorithmus eingeteilt. „Wenn jemand Essen bestellt", so bengo-Journalist Petter, „wird der Auftrag an einen freien Fahrer verteilt. Dabei weiß der Algorithmus immer, wie sieht es schlecht mit Arbeit aus. Wer ein eigenes Rennrad hat, ist natürlich schneller.
Die Algorithmen von Foodora und deliveroo haben natürlich längst die Spitzen im Lieferservice entdeckt. Da ist zum einen die Jahreszeit. Je kälter, desto häufiger wird per Internet Essen geordert. Aber auch bei Regen müssen die Fahrer häufiger ran, werden die Arbeitskräfte per E-Mail einberufen. Nicht zuletzt ist der Sonntag und das Wochenende Kampftag für die Rad fahrenden Essenslieferanten, wenn die Küche kalt bleibt.
Marie hat mittlerweile einen anderen Arbeitgeber, nachdem sie bei ihrer Bezahlung und ihrer Stundenabrechnung einige Lücken entdeckt hat. Den neuen Arbeitgeber kennt sie auch persönlich. Sie steht in einem geheizten Verkaufsstand auf dem Markt und verkauft Hot Dogs.

Kettelerpreis: Projekt bis Ende April melden

Unter dem Motto „Wir machen was, wir schaffen das!" wirbt die KAB-Stiftung „Zukunft der Arbeit und sozialen Sicherung" ZASS für die Bewerbung des diesjährigen Kettelerpreises (Impuls berichtete). Noch bis zum 30. April können Vorschläge und Bewerbung von Projekten, Initiativen und Maßnahmen zur Integration von Flüchtlingen oder für eine offene und tolerante Gesellschaft eingereicht werden. Der Kettelerpreis der KAB-Stiftung wird am 2. Dezember vergeben. Weitere Informationen und Verfahrensregelungen können unter *www.ketteler preis.de* oder bei der ZASS (0221) 7722-216 angefragt werden.

Gockelnhaus mit neuen Mitarbeitern

Zwei neue pädagogische Mitarbeiter hat das Josef-Gockeln-Haus in Rahrbach. Angelika Wolter und Peter Döbbeler werden die Nachfolge vom langjährigen pädagogischen Leiter Walter Wolf antreten. Verstärkt werden sich die beiden „Neuen" für interessante Seminarangebote und öffentliche Veranstaltungen in dem KAB-Bildungshaus einsetzen. Seminarthemen umfassen die Natur-, Körper-, Gesundheits- und seelische Erfahrungen. Zielgruppen sind Jugendliche und Erwachsene. Das Gockelnhaus bietet nun auch für Schulen erlebnispädagogische Seminare an. Schulen haben die Möglichkeit, in einem Rundumpacket Klassenfahrten in Kooperation mit der KAB anzubieten.

KAB trommelt gegen CETA-Abkommen

Die KAB Aachen beteiligt sich musikalisch im Rahmen des bundesweiten Aktionstages am 1. April gegen das Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und Kanada. Unter dem Motto „Trommeln für einen fairen Welthandel" feiert die KAB ein Fest und sammelt Unterschriften für die CETA-Volksinitiative in NRW.

Anzeige

Anzeige

Vergeben

Von dem einstigen SS-Mann Oskar Gröning will sie wissen, ob er sich an die Zwillinge an der Rampe von Auschwitz erinnert. Sie, Eva Mosez Kor, trug mit ihrer Schwester Miriam ein rotes Kleid. Der KZ-Arzt Josef Mengele sortierte die Zwillinge Eva und Miriam für medizinische Experimente aus, um sie mit Keimen und Bakterien zu infizieren. Der SS-Aufseher Groning, der an der Rampe die Neuankommenden in Empfang nahm und einteilte, erinnert sich nicht. Die Zwillinge überleben und beim Prozess in Lüneburg verzeiht Eva Kor ihrem 94-jährigen Mitpeiniger dennoch. Mosez Kor verzeiht, weil sie nicht auf die Reue der Täter warten kann. „Mein Vergeben hat nichts mit ihnen zu tun. Würde ich abwarten, bis sie bereuen, wäre ich ja erneut abhängig von den Tätern. Die handelnde Person aber bin ich“, sagt sie und klärt weiter in Schulen und Veranstaltungen über die Gräueltaten der Deutschen vor 75 Jahren auf.

Eva Mosez Kor:
Vergeben heißt ja nicht vergessen!

Verhungern

Angela Merkel hat sie im letzten Jahr gefragt, ob es nicht schlimm sei, wie ein Bettler durch die Welt zu reisen und Regierungschefs um Geld für die Hungernden auf der Welt zu bitten. „Damit habe ich kein Problem. Das ist mein Job!“ hat Ertharin Cousin der Kanzlerin erklärt, die endlich den deutschen Beitrag für das Welternährungsprogamm (WFP) hat überweisen lassen, nachdem die Menschen in den Flüchtlingscamps von Jordanien an Hunger litten.
Ertharin Cousin ist die WFP-Chefin. Derzeit bangt sie um die 14 Millionen Menschen, meist Kinder und Frauen, die im Südsudan und Nigeria hungern, denn mit dem Syrienkonflikt ist eine Ungleichheit zwischen den Hungernden entstanden. Der Hunger ist von Menschen durch Krieg, Vertreibung, Zerstörung gemacht. Auch wenn im vergangenen Jahr mehr Geld als je zuvor zur Verfügung stand, „haben wir nur die Hälfte von dem, was wir bräuchten“. Cousin reist weiter.

Ertharin Cousin:
Wo immer ein Baby hungern muss, macht mir das Sorgen.

Verteilen

Die Zahl klingt unglaublich! Jedes Jahr werden allein in Deutschland Waren im Wert von sieben Milliarden Euro entsorgt. Was nichts anderes heißt als weggeschmissen, ungenießbar gemacht oder zerstört worden, um eine mögliche Verwendung zu verhindern. Dabei handelt es sich weniger um schnell verderbliche Nahrungsmittel, sondern um falsch etikettiertes Shampoo, Seife, Baumaterial, Haushaltswaren und vieles mehr. Für die Betriebswirtschaftlerin und promovierte Wissenschaftlerin Juliane Konen ein Grund, Stopp zu sagen und zu machen. Sie stoppte ihre Karriere, mietete nach Gesprächen mit Gleichgesinnten eine Halle und gründete „Innatura“. „Was gibt es Nachhaltigeres, als bereits vorhandene überschüssige Waren vor dem Wegwerfen zu bewahren und an Organisationen zu geben, die sie brauchen?“ Heute können Flüchtlings- und Hilfsorganisationen anrufen und sich aus dem großen Fundus bedienen. Hilfe direkt!

Juliane Konen:
Vor dem Wegwerfen bewahren.

Anderes Osterlied

Das könnte den Herren ja so passen

wenn erst nach dem Tode Gerechtigkeit käme,
erst dann die Herrschaft der Herren,
erst dann die Knechtschaft der Knechte vergessen wäre
für immer.
Das könnte den Herren der Welt ja so passen,
wenn hier auf Erden stets alles so bliebe.
wenn hier die Herrschaft der Herren,
wenn hier die Knechtschaft der Knechte so weiterginge.
Doch ist der Befreier vom Tod auferstanden,
ist schon auferstanden und ruft uns jetzt alle
zur Auferstehung auf Erden,
zum Aufstand gegen die Herren,
die mit dem Tod uns regieren. *Kurt Marti*

**„Und wiederholen wir, ein jeder in seinem Herzen:
keine Familie ohne Wohnung,
kein Campesino ohne Grund und Boden,
kein Arbeiter ohne Rechte,
kein Volk ohne Souveränität,
kein Mensch ohne Würde,
kein Kind ohne Kindheit,
kein Jugendlicher ohne Möglichkeiten,
kein alter Mensch ohne ein ehrwürdiges Alter.“**

***Papst Franziskus an die Sozialen Bewegungen
in Santa Cruz/Bolivien am 9. Juli 2015***

Energiehunger gegen die Natur

Laut der UNESCO stellen die Mangroven der Sundarbans zwischen Indien und Bangladesh eines der biologisch produktivsten Ökosysteme der Welt dar. Auf über zehntausend Quadratkilometer erstrecken sich die Mangrovenwälder und -sümpfe mit einer einzigartigen Tier- und Pflanzenwelt, wie sie unter Gottes Himmel wohl einmalig ist. Die Unesco hat die Sundarbans vor zwanzig Jahren zum Weltnaturerbe ernannt. Zur Verbesserung der Anpassung an den Klimawandel und zum Erhalt der Biodiversität fördert die Bundesregierung über die Deutsche Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) ein Umweltprogramm in den Mangroven.
Doch nur 14 Kilometer nördlich planen der indische und der bangladeschische Power Development Bord das Kohlekraftwerk Rampal mit einer Leistung von 1,320 Megawatt Energie. 3,8 Millionen Tonnen Kohle müssen jährlich herantransportiert werden. Umwelt- und Lebensraumschützer werden von der Regiierung bekämpft. Einige sogar bis zum Tode.